

Bezugsgebühr:

Monatlich 3 Mk. 20 Pf. ...

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag von Giesch & Reichardt.

Anzeigen-Card.

Annahme von Anzeigen ...

Bezugspreis ...

A. Köhnscherf jr. Dresden-Friedrichstadt

Dresden-Friedrichstadt Special-Fabrik für Aufzüge

ladet zur Besichtigung der in seinem Werk zur Personen- und Warenbeförderung dienenden neuesten, modernsten

Elektrischen Aufzüge mit Druckknopfsteuerung

Marienstr. 20, 3 Raben.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.

C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Ar. 345. Spigel: Venezuela. Neueste Drahtberichte. Sonachrichten. Höherer Verwaltungsdienst. Oberverwaltungsgericht. Berliner Leben.

Samstag, 14. Dezember 1902.

Venezuela. Die neuesten Meldungen zum deutsch-englischen Konflikt mit Venezuela lauten:

Berlin. Nach einem heute eingetroffenen Telegramm des deutschen Geschäftsträgers v. Pilgrim aus Port of Spain vom 10. d. M. war ihm an diesem Tage die vom 9. d. M. datierte, in allen Punkten ablehnende Antwort des Präsidenten Castro auf das am 7. d. M. überreichte Ultimatum zugegangen.

Washington. Nach Eingang der Depesche des amerikanischen Gesandten Bowen in Caracas, worin gemeldet wird, dass Venezuela das Gerüchten an ihn gerichtet habe, England und Deutschland vorzuschlagen, dass die Streitigkeiten schiedsgerichtlicher Entscheidung unterbreitet werden, begab sich Staatssekretär Han in den Kabinetsrat. Han hat an Bowen eine Note gerichtet, die ihn ermächtigt, nach seinem Ermessen seine guten Dienste anzuwenden, um eine schiedsgerichtliche Bewegung herbeizuführen. Er sei dabei nicht der Vertreter der Vereinigten Staaten, sondern der Venezuela als Gerüchten des letzteren.

Washington. Das von Bowen hierher übermittelte Gerüchten der venezolanischen Regierung um schiedsgerichtliche Beilegung der schwebenden Streitigkeiten wird in Gemäßheit einer Verlautbarung, welche bereits mit dem deutschen Botschafter v. Holleben und dem englischen Botschafter Herbert stattgefunden hat, der deutschen und englischen Regierung unterbreitet werden. Das Staatsdepartement ist lediglich als Vermittlungsorgan. Man hegt jedoch nicht die Hoffnung, daß der Vorstoß günstig aufgenommen werden wird, da man sieht, daß die Schwereitaten zu weit fortgeschritten sind, als daß sie durch einen Schiedspruch beigelegt werden könnten.

Washington. Im Repräsentantenhaus brachte Dearden eine Resolution ein, in welcher der Staatssekretär Han um Angaben hinsichtlich der Art der Ansprüche Deutschlands und Großbritanniens an Venezuela eruiert und gefragt wird, ob nach Ansicht des Staatssekretärs die Vereinigten Staaten eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten fordern könnten, wobei die Grundsätze der Monroe Doktrin volle Beachtung finden. Die Resolution wurde dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zugewiesen.

Washington. Der Marine-Sekretär Moody erklärte einem Berichterstatter gegenüber, die Regierung werde wenigstens jetzt keine Kriegsschiffe nach Venezuela senden, da die Gegenwart eines solchen dort jetzt nicht nötig sei.

London. Die Daily Mail erfährt aus Willemstad vom 11. d. M. daß die nicht-venezolanischen Bewohner der Stadt Puerto Cabello an Bord der „Suzeta“ und „Ariadne“ Zuflucht gesucht haben. Diese beiden deutschen Schiffe drohen mit einer Beschießung der Stadt.

La Guayra. Der deutsche Geschäftsträger Herr v. Pilgrim hat vor seiner Abreise aus Caracas dem dortigen Gesandten der Vereinigten Staaten den Gehör der deutschen Interessen übergeben. Der Gesandte war von seiner Regierung zur Übernahme des Schutzes ermächtigt. Herr v. Pilgrim befindet sich zur Zeit vor La Guayra an Bord eines britischen Kriegsschiffes. Die deutschen Kriegsschiffe jüden die Küste ab.

London. Der Staatssekretär des Auswärtigen Marquis of Lansdowne hielt gestern Abend hier bei einem Bankett des „United Club“ eine Rede, in der er sagte, in den venezolanischen Gewässern seien wie er mit Freude feststellte, deutsche und britische Kriegsschiffe und Motoren Seite an Seite tätig, um die gerechten Forderungen der beiden Mächte durchzusetzen. Im weiteren Verlauf seiner Rede nahm der Minister Bezug auf Washingtons Meinung an seine Landleute, sich keinen einseitigen Antipathien hingeben und bemerkte, dies sei ein ausgesprochener Irrtum. Er denke nicht, daß England als eingewurzelte Antipathien hege, er glaube, es empfinde eine solche selbst nicht gegen Venezuela. Wenn dieses Land von Gewaltthaten gegen britische Untertanen und britisches Eigentum ablassen, berechtigte Schulforderungen bezahle, ja auf höchste diplomatische Vorstellungen nur antwortete wollte, brauchte England keinen Streit mit ihm zu haben.

London. Der Berichterstatter des „Reynolds-Gerald“ in La Guayra meldet: Die Besatzung befestigt die Stadt; die Franzosen helfen Schanzen errichten und die Truppen entfallen.

die venezolanische Triflore statt Castro's gelber Bohne, was bedeutet, daß die Kritik als eine nationale betrachtet wird. Vor der Landung der 300 deutschen und 50 britischen Blaujungen am Mittwoch wurde von den Ortsbehörden bekannt gegeben, daß bei einem Angriff auf die Streitkräfte die Kriegsschiffe das Fort, die Signalstation und das Zollamt beschützen. Die Behörden hatten damals nur 20 Bataillon zur Verfügung und hätten Widerstand nicht leisten können. Seit der Ankunft der Verstärkungen dürfte weiteren Versuchen, Truppen zu landen, Widerstand entgegenzusetzen werden.

Paris. Ein eigener Bericht des „Matin“ aus Caracas enthält noch folgende Einzelheiten: In der Nacht auf Donnerstag durchzogen Volksmassen die Hauptstraßen unter dem Rufe: „Nieder mit England! Nieder mit Deutschland!“ und verbrannten unter Handbellschall Fahnen der beiden Länder. Ein großer Geschäft mit dem Schilde „Alemania“ machte diese Kundgebung vor den Troughen der Menge erkennen. Der belgische Geschäftsträger wurde von der Menge, die ihn für einen Deutschen hielt, festgenommen, jedoch mit Entschuldigen freigelassen, als der Artisan erkannt wurde. Alle waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren wurden zu den Waffen gerufen. Castro verhandelt mit den Aufständischen wegen gemeinsamer Verteidigung des Landes. Er bietet Bolando und Gimacho Befehlshaberstellen an und geht das beschlagnahmte Vermögen Matos' heraus.

Port of Spain. Die Beschlagnahme der venezolanischen Schiffe ist jetzt vollendet. Die Schiffe wurden von den Engländern benannt und ihnen englische Besatzung. Der englische Kreuzer „Ariadne“ ist hier eingetroffen. Die übrigen Kriegsschiffe legen die Bewachung der Küste Venezuelas fort. Die Schiffsahrt auf dem Orinoco ist wieder freigegeben.

Neueste Drahtmeldungen vom 13. Dezember.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Zolltarifvorlage. Am Bundesrat: Reichsanwalt Graf Hilow, Staatssekretär Graf Polakowski, v. Fielmann und v. Nitzsche. — Abg. Schrader (freil. Verein.) bemerkt, daß in der Zusammenstellung der Beilagen zweiter Lesung, auf Grund deren auch die dritte Lesung stattfinden muß, der Tarif nicht mit abgedruckt sei, dieser aber doch zweifellos mit zur Beratung gestellt sein müsse. — Präsident Graf Ballestrem schlägt letzteres — Reichsanwalt Graf Hilow erklärt, daß die verbündeten Regierungen dem Zolltarif in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung zu geben bereit sind und ebenso dem Zolltarifgesetz in allen Teilen, mit Ausnahme des § 1, Abs. 2, insbesondere und die verbündeten Regierungen gewillt. Ihrem Beifall hinsichtlich der formalen Verbräuchlichkeiten zustimmen, nachdem das Inkrafttreten dieser Bestimmungen bis 1910 hinausgeschoben worden ist, und ebenso fann ich Ihnen in Aussicht stellen, daß die verbündeten Regierungen im Interesse der Arränge für Wäntzen und Böden (Laden links) dem § 11a zustimmen werden. Die Regierungen haben sich dazu entschlossen, weil sie hoffen, daß mit Rücksicht auf die zu erwartenden Zolländerungen eine bessere Regelung der finanziellen Verhältnisse von Reich und Einzelstaaten möglich sein werde. Das einzige hiernach noch übrig bleibende Bedenken betrifft § 1, Abs. 2, die Mindestzölle. Dieses Bedenken soll man aber durch den heute vorliegenden Antrag Herold, der bis auf Werke die Mindestzölle der Regierung wiederherstellt, unter Beibehaltung der Bindung der Reichzölle beseitigt werden. Namens der verbündeten Regierungen fann ich deren Einverständnis mit dem Antrag Herold erklären. Die verbündeten Regierungen sind nicht der Meinung, daß sie sich durch Zustimmung zu einem Braugerichtemindestzoll von 4 Mk in Widerspruch setzen mit dem abnehmenden Standpunkte, den die früher gegen alle Anträge auf Erhöhung und Erweiterung von Mindestzöllen eingenommen haben und haben einnehmen müssen. (Laut anhaltendes Geklächter bei den Sozialdemokraten.) Keine Herren! Der Reichsanwalt spricht hier mit gehobener Stimme. Ich habe die vorgetragene ruhm angedacht; auch Herr Webel wird zugeben müssen, daß ich mich gegenüber Ihren Erklärungen, auch als Sie Angriffe gegen mich richteten, stets eines ruhigen und anständigen Verhaltens befleißigt habe. Ich habe doch wohl das volle Recht, gehört zu werden, wie Sie. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Ich wiederhole also, jene früheren Erklärungen

ungen bezogen sich auf Werke im Allgemeinen. (Erneutes Geklächter links.) Wenn jetzt der Mindestzoll für Braugerichte erhöht wird auf 4 Mk., und dagegen der Mindestzoll auf Futtergerichte fortfällt, so ist dies etwas Anderes, als worauf sich die bisherigen Erklärungen bezogen. (Lachen links.) Erneute Ermittlungen und Erwägungen haben die verbündeten Regierungen übergeben, daß entgegen der bisherigen Annahme, doch an der Grenze eine Unterabstimmung zwischen Malgerichte und Futtergerichte möglich sein werde, ohne daß dabei die Gefahr von Zollunterbrechungen entsteht. Meine Herren! Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß das hohe Haus durch seine Beschlüsse bei dieser dritten Lesung eine volle Einigung mit den verbündeten Regierungen herbeiführen wird, indem dieses große Werk der Tarifreform (lautes Lachen links) zum Segen des Vaterlandes (lebhafter Beifall rechts, anhaltendes Schallendes Lachen links und Zuruf des Abg. Ulrich: Zum Segen des Vaterlandes!) Der Reichsanwalt mit erhobener Stimme fortführend: Zum Segen des Vaterlandes zu Stande kommt. (Wider lebhafter Beifall rechts und in der Mitte, Lachen links.) — Abg. Arndt von Wangenheim (Borl. d. B. v. L.): So manvoll die Vorbereitungen der Landwirthschaft gewickelt sind, so haben sie doch leider nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden. Es ist der Landwirthschaft der nothwendigste Schutz verweigert worden. Sie haben unsere Anträge, sowohl die auf Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle, als die auf Herabsetzung industrieller Zölle, abgelehnt. Die Landwirthschaft hat doch wenigstens den Anspruch, daß ihre Gründe gehört werden. Aber Sie haben mit oernehmlichen Ausnahmen alle unsere Anträge auf Herabgang zur Tagesordnung beieitigt. Auf diesem Wege fann man die Sozialdemokratie um die Dauer nicht bekämpfen; dazu bedarf es einer kräftigen Landwirthschaft. Durch dieses Gesetz wird die Landwirthschaft aber schwer geschädigt, wir lehnen es daher ab. — Abg. Richter (freil. Volksp.): „Ja, Sie kriecht die schwere Noth“, das ist ein Hebelwunder, wie man sie früher gebraucht, wenn man unheilvolle Dinge herankommen ließ. Später riefte man zu lauten: „Ja, da kriecht Sie die prothorische“. Hier handelt es sich um nur um etwas Prothorische. Wir bieten Beschlägen können Sie Handel und Industrie nicht im Mindesten behelligen. Schon spricht man ja von einer Revolte, um das was an diesen Köhnen Marimoblad mitgeholt ist, wieder zu beieitigen. Das ist beieitigt. Hat doch die Kommission, deren Beschlüsse zum Tag geiebt Sie jetzt zum Gesetz erhoben wollen, zum Theil die allerbedenklichsten Beschläge gefaßt, einfach in der Erwartung, daß man ja bei der Plenarberatung noch anderweitig beschließen könnte. Kommt es zu der in Aussicht gestellten Revolte, dann wird darauf verlassen Sie sich, der ganze Tarif wieder ausgedrückt werden. Auf der einen Seite wird man Verabredungen, auf der anderen Erhebungen beantragen. Redner wendet sich dann gegen die Vorschlagsbeschränkungen, die man über das parlamentarische Interesse hinausgingen, und läßt weiter Kritik an der Erklärung des Reichsanwalters, daß keine frühere Erklärung in Bezug auf die Mindestzölle sich auf Werke im Allgemeinen bezogen habe. Was sollen bei solchen Auslegungen auch die tatsächlichen Erklärungen des Reichsanwalters und der Regierungen überhaupt noch für einen Werth haben! Er habe ja immer gemeint, daß in Bezug auf politische Fragen recht freierlicher Erklärungen mit der Möglichkeit eines veränderlichen Standpunktes gerechnet werden müsse; aber wenn man gar schon bei solchen technischen Fragen noch Bedarf heute die soUtschiedliche Entscheidung zwischen Malgerichte und Futtergerichte nur wädhalt erklärt werde, nachdem vorher diese Möglichkeit freierlicher Beschlüsse besprochen worden sei, wer solle dann noch solchen Erklärungen Vertrauen schenken. Weiter wendet sich Redner gegen die neutralen Aeußerungen von Ströder betriebs der Sozialdemokratie. Er halte Ströder für einen viel zu klugen Mann, um annehmen zu können, derselbe könne glauben, daß mit Gemüthlichkeit die Sozialdemokratie zu unterbreiten sei, etwa mit Judthaus- oder Lusturtheil und sonstigen Entzerrungen der Sozialdemokratie. Die Erklärungen mit dem Sozialistengeleis sprächen doch hinreichend dafür, daß mit solchem Trud die Sozialdemokratie gerade drohgefahrlich werde. Seine Freunde wädhren gegen diesen Zolltarif stimmen. Die Handelsvertreter Gopriat's wurden leiser, weil als ein Markt- und Posten ankommt. Auch dieser Tarif werde ein Markt- und Posten sein, aber in einem für das Volk unheilvollen Sinne. (Beifall links.)

Kunst und Wissenschaft.

1\* Wochenplan der Königl. Hoftheater. Oberhaus. Sonntag: Hoffmann's Erzählungen. Montag: Die Judenbäue. Dienstag: Der Nilad. Mittwoch: Zum Festen des Benkondions des Königl. Opernhouses. „Fidelio“. Donnerstag: Der Nilad. Freitag: J. Simonie-Concert. Sene B. Ioffische Mitwirkung Frau Bloomfeld-Reisler. Sonnabend: Auf allerhöchsten Befehl: Wohlthätigkeits-Vorstellung. Sonntag: Der Nilad. — Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: „Nebenbühler“. Abends 7 Uhr: „Spigenie auf Tauris“. Montag: „Der Störenfried“. Dienstag: „Ein Falliment“. Mittwoch: „Die Journalisten“. Donnerstag: „Zum ersten Male: „Ronna Ranna“. Freitag: „Johannes“. Sonnabend: „Nachmittags 3 Uhr: „Nebenbühler“. Abends 7 Uhr: „Ronna Ranna“. Sonntag: „Nachmittags 1 1/2 Uhr: 1. Volksvorstellung: „Maria Magdalena“. Abends 7 Uhr: Für die Mittwoch-Abonnenten des 21. Dezember: „Ein Falliment“.

Berliner Leben.

E. Berlin, 12. Dezember. Nun weiß man doch wenigstens, wie viel in baar man an die nächste Gerichtsstufe abzurufen hat, wenn man sich das Privatvermögen leisten will, einer Dame öffentlich zu beieitigen, daß sie die Gracie eines Rückfertes besitze. Ein Berliner Schöffengericht hat dieser Tage entschieden, daß dieser liebliche Vergleich unter Brüdern oder vielmehr Geschwistern seine 100 Mk. werth sei. Der Kritiker eines Berliner Blattes, das sich selbst stolz als Organ für die Geisteswelt aller Stände bezeichnet, wachte von einer Schauspielerin des Leistung-Theaters nichts Anderes zu sagen, als daß sie sich mit der Anmuth des genannten Rückfertes auf den weitbedeutenden Brettern bewege. Die Kritiklerin hat offenbar keinen Sinn für eine hübschere Sprache und lief schweigend zum Rad, um dessen Obergutachten einzuholen. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß ihm diese Wendung „aus der Feder gerathen“ sei. Solchen Geschwörendigkeiten gegenüber muß man sich wirklich fragen, gehört es zu den Aufgaben eines gewissenhaften Kritikers, eine Schauspielerin, deren Leistungen ihm ungenügen und die er nach seiner ästhetischen

Ueberzeugung scharf tadeln muß, gräßlich zu beleidigen? Beiegt sich nicht gerade darin die echte Bildung des Geistes und des Herzens, daß man auch den schärfsten iachlichen Tadel in eine urbane Form kleide, insbesondere Damen gegenüber? Diese Fragen gehören zum Kapitel von der „Verrohung der Theaterkritik“, wovon gegenwärtig hier in Antinomie eine Zudermannische Artikelreihe nur zu viel gelassen wird. Zudermann hat da in ein Beipenicht gefochten und sich, so sehr er auch in manchen Einzelheiten recht gefocht hat, doch im Ganzen gründlich verhasst, namentlich damit, daß er weit über das Ziel hinaus geschossen hat. Wer zu viel beweisen will, beweist schließlich nichts, und wer die Behauptung aufstellt, daß insbesondere der Berliner Kritik erst seit etwa 15 Jahren an hohen Auswüchsen leide und vorher einfach geübt sei, kann dem Kenner der Verhältnisse nur ein bedauerndes Nicken abgewinnen. Am meisten zu bedauern ist aber, daß die Zudermannischen Artikel verschiedene Beieidigungsprosele angefaßt haben, die unmöglich auf Rechnung des Ansehens der Kritik und Presse dienen können. Zudermann selbst hat einen Kritiker verlaggt, der ihm in keinem Wochenblatte aus Anlaß dieses Streites die größten Injurien entgegengeschleudert hat. Ein anderer, bisher in den weitesten Kreisen unbekannt gewordener Jüngling, der das kritische Schwert mit dem Leiditium eines hochhohen Knaben auf Gerichte und Ungerechte blindwüthig niederzusen läßt, hat gleich zwei Klagen angestrengt die eine gegen seinen leiblichen Onkel, der — und das ist der Humor davon — kein Anderer ist, als Eskar Alumenthal, ebendem selbst der blutige Eskar genannt. Dieser hatte keinen hoffnungsreichen Neffen, der ohne Großthun des Theims kritischen Blauvaters folgt, öffentlich das ehrenvolle Zeugnis ansammelt, daß er ein Verleumdung und Ehrabnehmer sei. Es wird da vorausgesetzt, daß die schmutzige Wäsche vor den Schranken des Gerichts gewaschen werden. Das große Publikum hat ja ohnehin sehr schlechte Vorstellungen von der Presse und den „Rechnungen“, und diese sollten es daher nach Möglichkeit vermeiden, sich öffentlich in der falschen Beleuchtung zu zeigen, in welche sie mit Nothwendigkeit herantige persönliche Kankereien rücken muß. Freilich, für die Stammgäste der sogenannten literarischen Cafés sind derartige Prozesse besonders Lederthun, und in der Erwartung erlebter Standale sieht man den angeklagten Verleumdungsbeleidigungen mit kaum zu zügelnder Ungeduld entgegen.

Zwischen beieitigt man sich an diesen Stammtischen mit der interessanten Thatsache, daß die Berliner Stadtväter, denen bisher ihre größten Feinde Alles, nur keine dichterischen Reimereien, nachelast haben, nahezu einmüthig einen leiblichen Feind zum zweiten Bürgermeister der deutschen Reichshauptstadt gewählt haben. Es hat natürlich eine eigene Bewandnis mit dieser Wahl. Untere kommunale Wäntzen haben den Reichsrathsrat Herold nicht gewählt, weil er ein hervorragender Verwaltungsbekannter ist — als solcher hat er bisher keine Gelegenheit gehabt, sich zu beieitigen —, sondern weil er als Sozialist im Prankenburgischen Konstituierungshaus moderne Stücke geschrieben hat. Die man an gewissen Stellen für unehrenhaft mit seiner damaligen Antistellung hielt. Er sollte darauf nach Nürnberg in eine Art Verbannung geschickt werden, der Reichsanwalt leute ihn aber ins Mittel, übernahm ihn in den Reichsrath und ließ ihn zum Mitglied des Reichsberichterstattungsausschusses ernennen. Nun will ihn die Stadt Berlin zu ihrem zweiten Bürgermeister mit der Verwaltung nach die erste Stelle in der reichsberichterstattenden Verwaltung machen. An der beieitig nachträglichen formalen Bestätigung in diesem nicht zu zweifeln. Man rühmt Herrn Herold bedeutende Fähigkeiten nach, und es ist wahrscheinlich, daß er keinen neuen Fochten gut ausfallen wird. Aber eine Gewand dafür bietet keine bisherige Vorbahn jedenfalls nicht, und es ist zu bedauern, daß man hier bei der Ausübung immer nöthigsten Besonnen immer mehr von Rücksichten leiten läßt, die antheilhaft rein iachlicher Erwägungen liegen. Bisher ist es so noch meist ganz gut abgegangen. Die Berliner Stadtväterwahl befindet sich immer noch auf einer ausgleichenden Höhe. Daß sie aber bei solcher Methode Gefahr läuft, herabzufallen, wird wohl Niemand antheilhaft des engeren „Münchens“ ernstlich betreten können. Am Nebrigen mag man es als eine willkommene Zugabe begriffen, wenn ein auch sonst tüchtiger Mann mit künstlerischen Neigungen eine der ersten Stellen in unserem höchsten Verwaltungskörper beieitigt wird. Denn an Verhältnissen und Neigung für künstlerische Dinge und Ziele ist dort bisher herzlich wenig wahrzunehmen gewesen. An den Reichen unserer Provinz, aber fürchtbar sichbürglichen Stadtväter ist noch immer nicht die Erkenntnis aufgegangen, daß eine Stadt, der das Glück in den Schooß gefallen ist, beieitig Reichshauptstadt zu sein, auch gemie künstlerische Verpflichtungen hat. Bisher konnte es





